



047485/EU XXIV.GP
Eingelangt am 11/03/11

**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



6762/11

(OR. en)

PRESSE 31

PR CO 8

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3068. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 21. Februar 2011

Präsident **János MARTONYI**
Minister für auswärtige Angelegenheiten

(Ungarn)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 3195 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

6762/11

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat hat die Märztagung des Europäischen Rates vorbereitet, in deren Mittelpunkt **wirtschaftspolitische** Fragen, einschließlich des künftigen **Europäischen Stabilitätsmechanismus** und der Gesetzgebungsvorschläge zur **wirtschaftspolitischen Steuerung**, sowie Entwicklungen in den **südlichen Nachbarstaaten der EU** stehen sollen.*

*Der Rat hat zum ersten Mal Schlussfolgerungen zur künftigen **Kohäsionspolitik der EU** angenommen. In den Schlussfolgerungen wird ein Bericht der Kommission geprüft und ein gemeinsamer strategischer Rahmen befürwortet, der sich im Einklang mit der Strategie Europa 2020 auf eine begrenzte Zahl von Prioritäten konzentrieren sollte, gleichzeitig jedoch hinreichend flexibel bleiben muss, damit den lokalen Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann.*

INHALT¹

TEILNEHMER	4
ERÖRTERTE PUNKTE	
TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES	6
Maßnahmen im Anschluss an die Februar-Tagung des Europäischen Rates	6
Vorbereitung der März-Tagung des Europäischen Rates	6
KOHÄSIONSPOLITIK.....	7
SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE	
<i>HANDELSPOLITIK</i>	
– Antidumping – Polyethylenterephthalat mit Ursprung in Südkorea.....	8
<i>VERKEHR</i>	
– Abkommen betreffend Luftverkehrsdienste mit Partnerstaaten in Westafrika bzw. mit Saudi-Arabien.....	8
<i>TRANSPARENZ</i>	
– Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten	8

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER**Belgien:**

Steven VANACKERE

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten und der institutionellen Reformen**Bulgarien:**

Nickolay MLADENOV

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Karl SCHWARZENBERG

Erster stellvertretender Ministerpräsident und Minister für
auswärtige Angelegenheiten**Dänemark:**

Lene ESPERSEN

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Deutschland:

Werner HOYER

Staatsminister für europäische Angelegenheiten

Estland:

Urmas PAET

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Irland:

Rory MONTGOMERY

Ständiger Vertreter

Griechenland:

Dimitrios DROUTSAS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Trinidad JIMENEZ

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Frankreich:

Laurent WAUQUIEZ

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Italien:

Franco FRATTINI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Zypern:

Markos KYPRIANO

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Lettland:

Andris TEIKMANIS

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten**Litauen:**

Egidijus MEILUNAS

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Jean ASSELBORN

Vizepremierminister, Minister für auswärtige
Angelegenheiten und Einwanderung**Ungarn:**János MARTONYI
Enikő GYÖRYMinister für auswärtige Angelegenheiten
Staatsministerin für auswärtige Angelegenheiten**Malta:**

Tonio BORG

Stellvertretender Premierminister und Minister für
auswärtige Angelegenheiten**Niederlande:**

Ben KNAPEN

Minister für europäische Angelegenheiten und
internationale Zusammenarbeit**Österreich:**

Walter GRAHAMMER

Ständiger Vertreter

Polen:

Mikolaj DOWGIELEWICZ

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Portugal:

Pedro LOURTIE

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

Teodor BACONSCHI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Slowenien:

Rado GENORIO

Ständiger Vertreter

Slowakei:

Mikuláš DZURINDA

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Astrid THORS

Ministerin für Einwanderung und europäische
Angelegenheiten

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für Europafragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Johannes HAHN

Vizepräsident

Mitglied

Generalsekretariat:

Pierre de BOISSIEU

Generalsekretär

ERÖRTERTE PUNKTE

TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

Maßnahmen im Anschluss an die Februar-Tagung des Europäischen Rates

Der Rat hat eine Bilanz der Folgemaßnahmen gezogen, die im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates vom 4. Februar 2011 ergriffen wurden und deren Schwerpunkt auf den Themen Energie und Innovation lag.

Vorbereitung der März-Tagung des Europäischen Rates

Der Rat hat den Entwurf einer erläuterten Tagesordnung für die Tagung des Europäischen Rates am 24./25. März geprüft (*Dok. 6231/11*).

Der Europäische Rat wird sich auf seiner Tagung im März voraussichtlich vorrangig mit folgenden Themen befassen:

- Wirtschaftspolitik: Abschluss der ersten Phase des Europäischen Semesters (jährliche Überwachung der Haushaltspolitik und der Strukturreformen der Mitgliedstaaten), Annahme eines Beschlusses zur Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Bezug auf den künftigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), abschließende Beratungen über den künftigen ESM und über die Aufstockung der Finanzstabilisierungsfazilität, abschließende Beratungen des Rates über die Gesetzgebungsvorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung und ein Beschluss über die wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euro-Währungsgebiet.
- Entwicklungen in den südlichen Nachbarstaaten der EU und Maßnahmen im Anschluss an die Erklärung des Europäischen Rates vom 4. Februar 2011 zu Ägypten.

KOHÄSIONSPOLITIK

Der Rat hat eine Orientierungsaussprache geführt und Schlussfolgerungen (Dok. [6738/11](#)) zu einem im November 2010 vorgelegten Bericht der Kommission über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU (Dok. [16336/10](#)) angenommen.

Der Rat betont in diesen Schlussfolgerungen, dass das Ziel der Verringerung der Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen der EU weiterverfolgt werden muss, und er unterstreicht den Beitrag, den die Kohäsionspolitik zur Wettbewerbsfähigkeit der EU und zu den Zielvorgaben für das Wachstum geleistet hat. Ferner wird betont, dass sich die Kohäsionspolitik im Einklang mit der Strategie Europa 2020 auf eine begrenzte Zahl von Prioritäten konzentrieren sollte, gleichzeitig jedoch hinreichend flexibel bleiben muss, damit den regionalen Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann.

In den Schlussfolgerungen werden weitere Beratungen über folgende Vorschläge der Kommission für erforderlich gehalten:

- Schaffung einer "Entwicklungs- und Investitionspartnerschaft", in der eine Investitions- und Entwicklungsstrategie skizziert wird, die auf die im Rahmen der Strategie Europa 2020 für Beschäftigung und Wachstum festgelegten Prioritäten ausgerichtet ist,
- Liste der Prioritäten, auf welche die Ressourcen der EU und die nationalen Ressourcen konzentriert werden sollten,
- mit der Kohäsionspolitik verbundene Bedingungen sowie geeigneten Anreizmechanismen.

Die Kommission hat dem Rat alle drei Jahre Bericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts zu erstatten. Nach einer Diskussion, die 2007 mit dem vierten Kohäsionsbericht einsetzte, sind im fünften Kohäsionsbericht die Vorstellungen der Kommission für die Reform der Kohäsionspolitik dargelegt.

Die während der Aussprache im Rat vorgetragenen Bemerkungen werden der Kommission Beiträge für die Ausarbeitung eines Gesetzgebungspakets für die Strukturfonds nach 2013 liefern, das vor dem Sommer veröffentlicht werden soll.

Der Rat nahm ferner ohne Aussprache Schlussfolgerungen zu einem in Dokument [6490/11](#) wiedergegebenen Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs über die Wirksamkeit der Ausgaben für Strukturmaßnahmen im Bereich der Wasserversorgung der Haushalte an.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**HANDELSPOLITIK****Antidumping – Polyethylenterephthalat mit Ursprung in Südkorea**

Der Rat nahm eine Verordnung an, mit der eine Überprüfung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Polyethylenterephthalate mit Ursprung unter anderem in der Republik Korea ohne Änderung der geltenden Maßnahmen eingestellt wird (Dok. [5867/11](#)).

VERKEHR**Abkommen betreffend Luftverkehrsdienste mit Partnerstaaten in Westafrika bzw. mit Saudi-Arabien**

Der Rat genehmigte den Abschluss eines am 16. November 2009 unterzeichneten Abkommens betreffend Luftverkehrsdienste zwischen der EU und der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion¹ (Dok. [6190/09](#), [6646/10](#) + [COR 1](#) und [6353/11](#)) sowie die Unterzeichnung eines solchen Abkommens mit Saudi-Arabien (Dok. [5733/11](#) + [COR 2](#) und [6050/11](#)).

Die beiden Abkommen ersetzen oder ergänzen die geltenden bilateralen Abkommen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten und den jeweiligen Partnerstaaten und bringen diese Abkommen in Einklang mit dem EU-Recht, insbesondere hinsichtlich des nicht diskriminierenden Zugangs aller Luftfahrtunternehmen aus der EU zu Flugstrecken zwischen der EU und den Partnerländern, der Besteuerung von Flugkraftstoff und der Wettbewerbsregeln.

TRANSPARENZ**Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten**

Der Rat billigte

- die Antwort auf den Zweitantrag von Frau Sigita URDZE (01/c/01/11) gegen die Stimmen der dänischen, der finnischen und der schwedischen Delegation ([5275/11](#)); und
- die Antwort auf den Zweitantrag Nr. 02/c/01/11 (Dok. [5704/11](#)).

¹ Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo.